


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

KONSERVATISMUS, GENDER UND DIE ROLLE VON POLITIKERINNEN

■ ANALYSE	
Ist die Genderpolitik in Russland konservativ?	2
Irina Kosterina, Moskau	
■ ANALYSE	
Ultrakonservative Politikerinnen im russischen Parlament:	
Positionen, Funktionen und Gesetzesinitiativen	5
Ekaterina Basmanova, Moskau	
■ UMFRAGE	
Frauen in der Politik	10
Frauen- und Familienbilder	13
Geburtenpolitik und Abtreibung	16
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Russische Zivilgesellschaft – vom Kopf auf die Füße	18
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
23. Juni – 5. Juli 2017	21

Ist die Genderpolitik in Russland konservativ?

Irina Kosterina, Moskau

Zusammenfassung

Die Gender- und Familienpolitik in Russland ist seit jeher ein heiß debattiertes Thema. Während unmittelbar nach der Oktoberrevolution 1917 Frauen mit allen Grundrechten ausgestattet, Abtreibungen legalisiert und die Familienbeziehungen völlig neu gestaltet wurden, setzte Mitte der 1930er Jahre angesichts erheblich gesunkener Geburtenraten eine konservative Wende in der Frauen- und Familienpolitik ein. In der post-stalinistischen Sowjetunion verbesserte sich die Lage der Frauen zwar deutlich, doch trugen Familien- und Genderpolitik klar pronatalistische und paternalistische Züge. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion stürzten auch die gewohnten Rollenverständnisse von Mann und Frau zusammen. Heute versucht der Staat nun wieder, in den Bereich der der Gender- und Familienverhältnisse vorzudringen und ihn zu kontrollieren – die Gesellschaft jedoch demonstriert oft Ungehorsam und leistet Widerstand.

Kampf für und gegen die Emanzipation der Frauen

Bereits im vorrevolutionären Russland hat es eine aktive Bewegung für die Rechte der Frauen gegeben; sofort nach der Revolution und der Verabschiedung der neuen Verfassung der RSFSR im Jahr 1918 erhielten die Frauen alle Grundrechte (politische, soziale, reproduktive und Familienrechte), während im progressiven Europa einige Länder noch einige Jahrzehnte bis zur Verabschiedung entsprechender Gesetze benötigten. Durch eine Reihe spezieller Dekrete wurden in Russland neue Normen der Familienbeziehungen etabliert.

So erlaubte beispielsweise das Gesetz über die Zivilehe den Frauen, ihren Geburtsnamen beizubehalten. 1920 wurde Frauen das Recht auf Abtreibung zugestanden, wodurch die UdSSR der erste Staat wurde, in dem der künstliche Schwangerschaftsabbruch legalisiert wurde.

Das Ehegesetz von 1926 machte eine faktische Ehe (also eine Ehe, die faktisch besteht, aber in keiner Behörde registriert wurde) rechtens, stellte erstmals in der Geschichte eheliche und außereheliche Kinder gleich und führte die sogenannte »Richtigkeitsvermutung der Mutter« bei der Zuerkennung der Vaterschaft ein (es genügte eine Erklärung der Mutter). Männer, die eine Frau mit Kindern heirateten, mussten für diese die Pflichten eines Vaters übernehmen. Das Verfahren zur Ehescheidung wurde maximal vereinfacht: Sie konnte per Postkarte bewerkstelligt, die einer der Ehepartner an das zuständige Standesamt schickte.

Parallel zu den gesetzlichen Änderungen begannen die Ideologinnen der proletarischen Frauenbewegung (Alexandra Kollontaj, Inessa (Inés) Armand, Nadeshda Krupskaja, Konkordija Samojlowa u. a.) den aktiven Kampf »für eine neue Lebensweise«, wobei der Bereich des »Privatlebens« vollkommen verändert werden sollte; dem Staat sollte die Aufgabe paternalistischer Fürsorge vollständig übertragen werden. Es wurde mit der Einrichtung kostenloser Kindergärten und Krippen begonnen, bei den Fabriken entstanden Kantinen und Wäschereien,

die ihre Dienste zu niedrigen Preisen anboten. Zweck all dieser Maßnahmen war es, die Frauen von der Hausarbeit zu befreien, wie auch von der Notwendigkeit, sich um den Mann und die Kinder zu kümmern. Die Frauen sollten »Arbeiterinnen« werden, die sich unentwegt für den Aufbau des neuen Sowjetstaates einsetzen. Die zunehmende Urbanisierung der Bevölkerung führte dazu, dass eine Vielzahl von Kommunalwohnungen und Wohnheimen entstand, in denen es ganz wenig Raum für Privatsphäre gab und sich das Privatleben vor aller Augen abspielte.

Jekaterina Gerasimowa schreibt dazu 1998: »Die Einrichtung eines Privatlebens wird im öffentlichen Diskurs als »kleinbürgerlich« gebrandmarkt, als Ausdruck von Individualismus, Egoismus und überkommener Reste der bürgerlichen Vergangenheit [...] Die Kommunalwohnung – überbelegt und aus einer stattlichen Wohnung umgewandelt – wird zum Attribut der sowjetischen Genderordnung« (http://www.isras.ru/index.php?page_id=2384&id=551&l=>)

All diese revolutionären Umgestaltungen führten allerdings zu unerwünschten Nebenreaktionen, die die Institution der Familie zerstörten. Die Liberalisierung von Abtreibungen führte zu einem Rückgang der Geburtenziffern, die bis in die 1930er Jahren auf statistisch nur noch weniger als ein Kind pro Frau sanken. Die neue Politik Stalins bedeutete in diesem Bereich eine nachhaltige konservative Wende.

Ab 1936 waren Abtreibungen wieder verboten, Ärzte konnten strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie eine Abtreibung vornahmen. Diese Maßnahme führte zu einem nur kurzfristigen Anstieg der Geburtenziffern, schuf aber einen ganzen Untergrund, in dem illegale Abtreibungen vorgenommen wurden. Für das Jahr 1937 wurden 568.000 Abtreibungen festgestellt (durch unterschiedliche Methoden), 1940 waren 807.000, und Mitte der 1960er Jahre, zehn Jahre nach der Entkriminalisierung von Abtreibungen, wurde der für Russland historische Rekordwert von 5,6 Millionen Schwangerschaftsabbrüchen pro Jahr registriert.

Auf Grund des Abtreibungsverbots waren 90 Prozent der Abbrüche illegal, wurden also außerhalb medizinischer Einrichtungen vorgenommen. Dadurch wuchs die Zahl der Todesfälle durch Abtreibungen wie auch die der Kindstötungen. Darüber hinaus führte die zum Teil verbesserte demographische Lage zu einer Überlastung der Geburtshäuser und einem Anstieg der Müttersterblichkeit. Viele Maßnahmen der staatlichen Politik wurden seinerzeit ohne jede wissenschaftliche Begleitung oder eine Beteiligung von Experten umgesetzt und waren ausschließlich von politischen Motiven bestimmt.

1934 wurde männliche Homosexualität durch einen speziellen Erlass Stalins kriminalisiert. Das Strafmaß lag zwischen drei und fünf Jahren Gefängnishaft. Homosexualität wurde als »antisowjetisch« deklariert und als verderbliche Verführung der sowjetischen Jugend. Eine Reihe von »Säuberungen« und Repressionen gegen Homosexuelle mündeten in den 1930er Jahren in Urteilen »wegen konterrevolutionärer Tätigkeit«, »wegen Spionage« oder »wegen Zersetzung von Armee und Flotte«. Viele Jahrzehnte lang (bis 1993, als Homosexualität entkriminalisiert wurde) wurde der sowjetische Schwulenparagraph als Instrument eingesetzt, um politischen Druck auszuüben und Andersdenkende, Dissidenten und unliebsame öffentliche Personen zu verfolgen.

Der Zweite Weltkrieg brachte gewisse Korrekturen an der sowjetischen Genderordnung mit sich: Wegen des Männermangels begannen Frauen in jenen Jahren Führungspositionen zu übernehmen, wurden Werkleiterinnen, Unternehmensleiterinnen... Nach Kriegsende wurden Frauen wieder aus ihren Positionen verdrängt – auf Grund des wachsenden symbolischen »Wertes« der Männer.

Angesichts der demographischen Kluft im Lande und des drastischen Männermangels unternahm der Staat einige Maßnahmen zur Unterstützung von Müttern und führte bezahlte Schwangerschafts- und Entbindungszeiten ein. Es wurden nun Hilfen für Kinder alleinerziehender Mütter und geschiedener Frauen gezahlt (Ehegesetzbuch von 1968). Natalja Puschkarjowa schreibt, dass alle diese Maßnahmen »objektiv zu einer Verbesserung der Lage der Frauen beitrugen. Doch die fehlende Gleichstellung zu den Männern im Alltag, die geringeren Möglichkeiten für einen beruflichen Aufstieg, für hohe Gehälter und vollwertige Erholung wurden genauso beschwiegen wie das Thema Abtreibungen« (http://www.krugosvet.ru/enc/istoriya/FEMINIZM_V_ROSSII.html?page=0,3)

Gleichzeitig wurde das Thema Mutterschaft immer stärker politisiert. So erschien die Zeitschrift »Fragen des Mutter- und Säuglingsschutzes« (russ.: »Woprosy ochrany materinstwa i mladentschestwa«) mit der Parole »Mutterschaft ist wie die Gesundheit nicht Privatsache jedes Einzelnen, sondern ein staatliches System«. Unter

dem Vorwand der Sorge um die Gesundheit von Frauen wurde 1974 eine Liste von 456 Berufen verabschiedet, die Frauen untersagt sind (später, im Jahr 2000, wurde diese von Präsident Putin bestätigt). Diese diskriminierende Liste wird bis heute von Politikern zu populistischen Zwecken instrumentalisiert.

Es lässt sich festhalten, dass über die gesamte Sowjetzeit hinweg die Familien- und Genderpolitik deutlich pronatalistische und paternalistische Züge trug. Auf der Alltagsebene gab es ebenfalls recht polarisierte Genderrollen. In spätsowjetischer Zeit wurde nun von Frauen nicht nur erwartet, dass sie die Aufgaben einer guten Ehefrau und Mutter erfüllt, sondern auch schön und gepflegt ist, schmackhaftes und gesundes Essen zubereiten, nähen, stricken und sticken kann. Es entstand eine ganze Industrie sowjetischer Frauenzeitschriften, die eine Aufklärungs- und gleichzeitig eine Propagandafunktion hatten.

Genderbeziehungen und Genderpolitik heute

In den 1990er Jahren erfuhren die Genderbeziehungen nach dem Zerfall der Sowjetunion starke Veränderungen. Auch wenn der Gendervertrag »der Mann als Ernährer, die Frau als Hausfrau« in der sowjetischen Gesellschaft praktisch wenig verbreitet war (und dabei dem Familienmodell zweier Berufstätiger Platz machte), so wurde der Mann im gesellschaftlichen Bewusstsein und in den Genderstereotypen stets in der Position des Hauptversorgers gesehen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems führte zu einer beispiellosen Arbeitslosigkeit und Veränderungen auf dem Arbeitsplatz, da Millionen Bürger des neuen Landes nun ohne staatliche Unterstützung dastanden und sich neue Arten der Beschäftigung aneignen mussten. Während Lehrerinnen und Ärztinnen ihre geringbezahlten Arbeitsplätze verließen, um unternehmerisch tätig zu werden und auf den Märkten Handel zu treiben, kamen viele Männer nicht mit dem Verlust ihres Status als Ernährer zurecht. In der Folge stieg die Anzahl der Fälle von Depression, Alkoholismus, Selbstmord und Tod durch riskantes Verhalten.

In der heutigen Phase ist eher von einer Vielzahl von Genderrollen zu sprechen, von einer Zunahme der Vertragsbeziehungen (wenn die Partner das Verhältnis von Karriere und Hausarbeit selbst festlegen) und der nicht-registrierten Ehen, von einer verringerten Kinderzahl und einem erhöhten Heiratsalter. Das sind gesamteuropäische Entwicklungen in der Veränderung der Familienstruktur, bei denen sich Russland nur wenig von anderen Ländern unterscheidet. In der Politik und Rhetorik des Staates sind allerdings deutlich konservative und traditionalistische erhalten geblieben. Forscher bezeichnen die russische Genderpolitik als »neotraditionalistisch«.

In erster Linie zeigt sich das in einer Reihe von Maßnahmen der staatlichen Politik zur Einschränkung von reproduktiven Rechten der Frauen. Abtreibungen gehören zu den medizinischen Leistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt werden. Jede Bürgerin der Russischen Föderation hat also das Recht, auf Kosten des staatlichen Gesundheitssystems eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Durch eine Reihe von Verordnungen der russischen Regierung wurde allerdings eingeschränkt, wann eine kostenfreie Abtreibung angezeigt ist, nämlich nach einer Vergewaltigung und bei Gefahr für Leib und Leben der Mutter. Darüber hinaus wurde in das Gesundheitsschutzgesetz ein Passus aufgenommen, dem zufolge russische Ärzte das Recht haben, aus Gewissensgründen die Durchführung einer Abtreibung zu verweigern, es sei denn, die Abtreibung ist medizinisch notwendig oder es steht kein Ersatzarzt zur Verfügung.

Konservative Wende und Widerstand

Die Duma-Abgeordnete Jelena Misulina (zugleich Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Familie, Frauen und Kinder) hat eine Reihe dubioser Maßnahmen zur Verbesserung der demographischen Situation initiiert oder unterstützt.

Auf ihren Vorstoß hin (und mit intensiver Lobbyarbeit der Russischen Orthodoxen Kirche) sind die genannten Änderungen eingeführt worden. Glücklicherweise haben breitangelegte gesellschaftliche Kampagnen (beispielsweise die Kampagne »Abtreibungen bekämpfen – und nicht Frauen!« <http://www.ikd.ru/node/17131/print>) während der Erörterung dieser Maßnahmen verhindert, dass noch stärker diskriminierende Bestimmungen eingeführt wurden.

Jelena Misulina ist zudem dadurch bekannt geworden, dass sie das Gesetz über das Verbot einer Adoption russischer Kinder durch ausländische Paare unterstützte. Darüber hinaus gehörte sie zur Lobby des sogenannten »Gesetzes über Schwulen-Propaganda gegenüber Minderjährigen«, durch das die öffentliche Arbeit von LGBT-Organisationen extrem eingeschränkt wurde.

Unter anderem hat Jelena Misulina über die Jahre hinweg die Einführung folgender Bestimmungen vorgeschlagen:

- bei Abtreibungen eine obligatorische schriftliche Einverständniserklärung durch den Ehemann;
- Anhebung der Altersgrenze für den Beginn sexueller Beziehungen von 16 auf 18 Jahre
- Verbot von Babyklappen
- Verbot des Zigarettenverkaufs an junge Frauen, die noch kein Kind bekommen haben;
- Steuern auf Kinderlosigkeit und Geldstrafen bei Scheidungen.

Daneben forderte Misulina auch, dass in Russland Leihmutterchaften verboten werden; sie bezeichnete diese als

»schrecklichste Bedrohung, die ein Aussterben nicht nur Russlands, sondern der gesamten Menschheit« bedeute (<http://tass.ru/obschestvo/758039>). Die meisten dieser Vorstöße gelangten allein auf Grund des Widerstands durch gesellschaftliche Organisationen und feministische Initiativen sowie breitangelegter Kampagnen in den Medien nicht zu einer Erörterung in der Staatsduma.

Dabei spiegeln die Positionen Misulinas die offizielle Ausrichtung des Staates auf Bevölkerungspolitik und eine traditionelle Familienpolitik wider. Auch Präsident Putin hat durch seine aufsehenerregenden Statements über die bevölkerungspolitischen Pflichten der Frau Berühmtheit erlangt. So gab er 2011 auf einem regionalen Parteikongress von »Einiges Russland« einer Geschäftsfrau Folgendes mit auf den Weg (<http://www.mskm.mr7.ru/articles/39765/>):

»Wissen Sie, ich möchte ja niemanden beleidigen und fürchte, dass mir wieder etwas rausrutscht. Aber schauen Sie – viele von Ihnen werden wohl diesen Film gesehen haben, »Intergirl« [populärer Film aus dem Jahr 1989 über eine »Valutaprotituierte«] – wir sind von einem Intergirl zur *Business Lady* herangewachsen. Das ist doch richtig gut! Ich habe aber einen Wunsch, Natascha: Vergessen Sie nicht die Erfüllung der Pflichten im Zusammenhang mit der Lösung der demographischen Probleme«.

Diese Äußerung Putins wurde oft zitiert und wurde zu einer Art Symbol der Haltung des Staates gegenüber Frauen, bei der deren wichtigste Bestimmung in der Pflicht gesehen wird, Mutter zu werden.

Diese Tendenzen spiegeln sich in zwei Konzeptionen wieder, die 2013 auf Initiative von Jelena Misulina verabschiedet wurden, der »Strategie der Familienpolitik bis 2025« und der »Strategie der Bevölkerungspolitik bis 2025«: In beiden Dokumenten wird der Akzent auf die demographischen Pflichten der Frau und das Normative der »traditionellen russischen Familie« gelegt, unter der eine registrierte heterosexuelle Ehe mit anschließender Geburt von mindestens zwei Kindern verstanden wird. Wie viele familienpolitischen Initiativen wurden diese Dokumente unter direkter Beteiligung der Russischen Orthodoxen Kirche ausgearbeitet. Daher auch beruft man sich in einzelnen Absätzen auf die moralischen, sittlichen und geistigen Werte, die nach Ansicht der Autoren dieser Strategien in der normativen traditionellen Familie gefördert werden sollten.

Diese Dokumente haben allerdings nur Empfehlungscharakter und werden angesichts der begrenzten Finanzierung solcher staatlichen Programme aller Wahrscheinlichkeit nach nur populistische Papiere bleiben und in der Praxis keine Kraft entfalten.

Die jüngste konservative Initiative auf staatlicher Ebene erfolgte im Jahr 2017, als der Föderationsrat ein Gesetz verabschiedete, durch das Gewalt in der Familie von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft wurde.

Häusliche Gewalt ist ein ernstes Problem in Russland. Es gibt dazu kein eigenes Gesetz, nur sehr wenig Schutzräume und kein System von Kontaktsperren oder Unterlassungsverfügungen. Wenn also früher die präventive Wirkung des Paragraphen 116 des russischen Strafgesetzbuches eine erhebliche Rolle spielte, so können potenzielle Gewalttäter jetzt auf Strafflosigkeit hoffen. Das reale Leben der Bevölkerung ist – ungeachtet der offensichtlichen konservativen Tendenzen in der Politik des Staates – allerdings weit von Konservatismus entfernt. Zu den erwähnten offensichtlichen Veränderungen im Familien-, Ehe- und Reproduktionsverhalten kommt eine zunehmende Kluft zwischen deklarierten Werten und dem Alltag hinzu. Die Anzahl feministischer Initiativen und Verfechterinnen feministischer Ansichten nimmt stetig zu. Parallel zur steigenden Zahl homophober Auftritte und Straftaten nimmt die gesellschaftliche Unterstützung

für LGBT-Organisationen zu. Die junge Generation zeigt ein vielfältiges Modell des Genderverhaltens, in dem Egalitarismus nun eine immer deutlichere Rolle spielt.

Fazit

Der Konservatismus in der Genderpolitik ist somit nur ein Instrument der Propaganda oder, wie im Falle der Restriktionen für Abtreibungen, das Bestreben, finanzielle Verpflichtungen des Staates auf die Bevölkerung selbst abzuwälzen. Die heuchlerische Rhetorik der »geistigen Klammern«, die bei Vertretern der Politik beliebt ist, findet bei den Durchschnittsbürgern immer weniger Unterstützung, weil diese nicht wollen, dass sich der Staat wieder in den Bereich des Privaten einmischt und dabei, wenn es notwendig wird, nur sehr wenig Unterstützung gewährt.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. Irina Kosterina ist Koordinatorin des Gender-Programms im Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Lesetipps

- Kosterina, Irina: Russische Familienwerte: Häusliche Gewalt wird in Russland bagatellisiert, 2017; <<https://www.boell.de/de/2017/02/08/russische-familienwerte-haeusliche-gewalt-wird-russland-bagatellisiert>>
- Johnson, Janet Elise : Gender Equality Policy: Criminalizing and Decriminalizing Domestic Violence, in: Russian Analytical Digest Nr. 200, 28. März 2017, S. 2–5, <<http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD200.pdf>>

ANALYSE

Ultrakonservative Politikerinnen im russischen Parlament: Positionen, Funktionen und Gesetzesinitiativen

Ekaterina Basmanova, Moskau

Zusammenfassung

Konservative Debatten im russischen Parlament werden seit einigen Jahren maßgeblich von Politikerinnen mitbestimmt. So war Irina Jarowaja die treibende Kraft für ein nach ihr benanntes Gesetzespaket, das schärfere Kontrollen von Internet und Telekommunikation sowie erweiterte Befugnisse von Polizei und Justiz vorsieht. Jelena Misulina erlangte Bekanntheit für ihre Gesetzesanträge zur sogenannten »Schwulen-Propaganda«, zur Entkriminalisierung häuslicher Gewalt, für ein Verbot von Babyklappen oder schärfere Vorschriften für Schwangerschaftsabbrüche. Längst nicht alle diese Initiativen waren letztlich erfolgreich. Doch Politikerinnen scheinen radikal-konservative Positionen beziehen zu müssen, um im politischen Diskurs Gehör zu finden.

Einleitung

In Russland ist Konservatismus gegenwärtig die vorherrschende politische Richtung. Die Regierungspartei »Einiges Russland«, die in der Staatsduma über eine

verfassungsändernde Mehrheit verfügt (343 von 450 Sitzen), nimmt insgesamt eine gemäßigt konservative Position ein, die der Unterstützung der Politik von Präsident Putin dienen soll, und den Akzent auf einen »starken

Staat« sowie auf einen »Kurs der Stabilität, ohne Revolutionen und Erschütterungen« setzt. Angesichts der eingeschränkten Meinungsfreiheit und des Monopols des Kreml bei den massenwirksamen Medien wird Konservatismus zum vorherrschenden politischen Diskurs. Dabei beziehen nicht nur Mitglieder von »Einiges Russland« und Staatsbedienstete konservative Positionen, sondern auch Mitglieder anderer Parteien sowie selbst unabhängige Politiker. Da in die konservative Bewegung eine Vielzahl von Akteuren involviert ist, stellt sich der Konservatismus in Russland nicht mehr so einheitlich dar. Unterscheiden lassen sich unter anderem eine nationalistische, eine patriotische, eine (christlich) orthodoxe und eine liberale Strömung, sowie Mischformen davon. Gleichzeitig bedeutet das Vertreten einer radikalen Position – im Rahmen des durch den Staat sanktionierten Konservatismus – nicht selten, dass junge und/oder weniger bekannte Politiker von sich reden machen können, dass sie zu der von ihnen thematisierten Frage für mediales Aufsehen und Beachtung sorgen und ihr politisches Gewicht vergrößern können. Eine solche Taktik wird oft von Politikerinnen verfolgt – sie sind seit Sowjetzeiten im politischen System Russlands quantitativ stark unterrepräsentiert.

Dieser Beitrag untersucht die Positionen von russischen ultrakonservativen Politikerinnen am Beispiel der Parlamentarierinnen Irina Jarowaja und Jelena Misulina, die für ihre konservativen Ansichten und aufsehenerregenden Gesetzesinitiativen bekannt sind. Die Untersuchung radikaler oder ultrakonservativer Agenden erscheint angesichts des Gewichts, die die konservative Bewegung heute in Russland hat, von praktischer Bedeutung. Gleichzeitig ermöglicht ein Akzent auf die Genderaspekte des Problems eine komplexere Betrachtung des Themas und hält Antworten auf die Frage bereit, warum gerade Frauen sich genötigt sehen, innerhalb des staatlichen Konservatismus in Russland radikale Positionen zu vertreten, und was für eine Funktion sie damit im politischen System erfüllen.

Die politischen Biographien von Irina Jarowaja und Jelena Misulina

Irina Jarowaja ist seit Dezember 2007 Abgeordnete der Staatsduma. Sie verfügt über Berufserfahrung in den Sicherheitsstrukturen, genauer: bei der Staatsanwaltschaft (1988–1997). Ihre politische Karriere begann sie in der demokratischen Partei »Jabloko«, die seit ihrer Gründung eine liberale Agenda vertritt. Liberale Parteien sind allerdings traditionell wenig populär in Russland, und zwar aus einer Reihe von Gründen, unter anderem wegen des Misserfolgs der Wirtschaftsreformen, die liberale Politiker und Wirtschaftsexperten Anfang der 1990er Jahre in Russland betrieben hatten,

und wegen des eingeschränkten Zugangs zu den führenden Medien für Parteien und Politiker, die nicht kremlfreundlich sind. Gegenwärtig ist »Jabloko« nicht in der Staatsduma vertreten. Für eine erfolgreiche politische Karriere musste Irina Jarowaja – angesichts der geringen Popularität von Jabloko – ihre Parteizugehörigkeit und ihre politischen Ansichten wechseln. Im Oktober 2007 trat sie in die Partei »Einiges Russland« ein, worauf sie im Dezember 2007 für diese Partei in die Staatsduma einzog. In der sechsten Staatsduma (Dezember 2011 bis Oktober 2016) hatte sie den wichtigen Posten der Vorsitzenden des Ausschusses für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung inne. In der siebten Staatsduma ist sie seit dem 5. Oktober 2016 Stellvertretende Vorsitzende.

Die politische Karriere von Jelena Misulina nahm eine ähnliche Entwicklung. Sie begann ihre politische Karriere ebenfalls bei Jabloko (1995–2001), anschließend war sie Mitglied einer anderen Partei liberaler Ausrichtung, der »Union rechter Kräfte« (2001–2003). Letztere verfügt derzeit ebenfalls über keine Mandate in der Staatsduma. 2007 wurde Jelena Misulina Mitglied der Partei »Gerechtes Russland«, die eine sozial ausgerichtete linkszentristische Position bezieht und gleichzeitig nicht in Opposition zum Kreml steht. Gleichwohl bezog Jelena Misulina als Duma-Abgeordnete für diese Partei dezidiert konservative Positionen, die eine Wahrung sogenannter »traditionellen Werte«, unter anderem jene der traditionellen Familie beinhalteten. So werden auf ihrer offiziellen Website (<<http://www.elenamizulina.ru>>) als Hauptthemen ihrer Agenda der Kampf gegen Pädophile, die Verankerung des orthodoxen Christentums in der Verfassung, das Verbot der kommerziellen Leihmutterschaft, eine Reduzierung der Abtreibungszahlen und ein Verbot von Babyklappen genannt.

Die Position als konservative Politikerin und Autorin aufsehenerregender Gesetzesinitiativen trugen Jelena Misulina Bekanntheit und eine aufsteigende Karriere ein: Im Dezember 2011 übernahm sie den Posten der Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Familie, Frauen und Kinder und seit September 2015 ist sie Senatorin, also Mitglied des Oberhauses des russischen Parlaments, des Föderationsrates der Föderalen Versammlung. Gleichzeitig sorgten ihre ultrakonservativen Positionen, die sich nicht in die allgemeine Ideologie fügten, für Kritik der Parteikollegen, was zum Teil der Grund war, warum sie die Partei auf eigenen Wunsch hin verließ. Allerdings ist sie als Senatorin in geringerem Maße, als sie es als Duma-Abgeordnete gewesen wäre, auf eine Unterstützung durch »gerechtes Russland« angewiesen, das zwar in der Staatsduma vertreten ist, aber über einen ungleich geringeren Einfluss verfügt als die Regierungspartei »Einiges Russland«. Daher kann man annehmen, dass Jelena Misulina als etablierte und wohlbekannte

Politikerin sich mit der Absicht trägt, erneut die Partei zu wechseln und bei »Einiges Russland« Mitglied zu werden.

Analyse einiger Gesetzesinitiativen

Betrachtet man die Gesetzesinitiativen, die diese Politikerinnen vorgelegt haben, lassen sich die erfolgreichen Initiativen, die zu Gesetzen wurden, unterscheiden, wie auch die gescheiterten. Beispiel einer erfolgreichen Initiative ist vor allem das sogenannte »Jarowaja-Paket«, zu dem zwei Gesetzesentwürfe gehörten, die anschließend als Föderale Gesetze verabschiedet wurden. Die Gesetze zielten auf eine Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Justiz ab, auf eine verschärfte Kontrolle über Betreiber von Mobilfunknetzen, über Internet-Provider wie auch über Stellen, die Post- und Speditionsleistungen anbieten. Ebenso sollte der Zugriff des Staates auf den elektronischen Schriftverkehr und auf Aufzeichnungen von privaten Telefongesprächen gewährleistet, die Kontrolle über die missionarische Betätigung religiöser Organisationen verstärkt und die strafrechtlichen Konsequenzen für Taten im Zusammenhang mit Terrorismus verschärft werden. Für diese Gesetzesentwürfe gab es eine Reihe Initiatoren: Zum Einen Irina Jarowaja, die den größten Beitrag geleistet hatte, um die im Gesetzesentwurf manifestierten Ideen zu verbreiten, und die als größte Verfechterin dieser Initiativen vor den zahlreichen Opponenten auftrat. Das »Jarowaja-Paket«, das auf eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten der Bürger abzielte, stieß in der russischen Gesellschaft auf Kritik. So wurde auf dem Internetportal »Russische gesellschaftliche Initiative« eine Petition zur Abschaffung des »Jarowaja-Gesetzes« platziert (<<https://www.roi.ru/28432/>>), die in kurzer Zeit die für eine Berücksichtigung notwendige Anzahl von 100.000 Unterschriften versammelte. Dennoch haben diese Bemühungen der Bürger nicht zu einer Rücknahme der Gesetze geführt, die Teil des Kurses von Präsident und Regierung zur Verstärkung der Kontrolle der Bürger sowie deren gesellschaftlichen und privaten Lebens sind, was gewöhnlich mit dem Kampf gegen den Terrorismus begründet wird. Ungeachtet der »Anti-Popularität«, die Irina Jarowaja in der Folge durch ihre Gesetzesinitiative in der Zivilgesellschaft erlangte, wurden ihre Bemühungen auf Regierungsebene wahrgenommen und geschätzt, was für ihren Aufstieg zur Stellvertretenden Dumavorsitzenden in der anschließenden Wahlperiode sorgte.

Als Beispiel für gelungene Gesetzesinitiativen von Jelena Misulina, der anderen konservativen Parlamentarierin, wäre das Föderale Gesetz »Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden« vom 29. 12. 2010 zu nennen,

das insbesondere auf eine Bekämpfung der sogenannten »Schwulen-Propaganda« abzielte. Das Gleiche gilt für das Änderungsgesetz zum Paragraphen 116 des Strafgesetzbuches vom 7. Februar 2017, das als Gesetz zur Entkriminalisierung häuslicher Gewalt bekannt geworden ist und durch das Schläge gegen Familienangehörige von strafrechtlich relevanten Taten zu Ordnungswidrigkeiten umgewertet wurden. Für den Erfolg der ersten Gesetzesinitiative hatten insbesondere die homophoben Stimmungen in der russischen Gesellschaft gesorgt. Die zweite Gesetzesinitiative sorgte für große gesellschaftliche Diskussionen, da es das akute Problem häuslicher Gewalt betraf. Das Gesetz wurde ungeachtet der gesellschaftlichen Kritik verabschiedet, da zum einen Regierung und Gesetzgeber es als Mittel betrachteten, eine Gesetzeslücke zu beheben, die durch die frühere Entkriminalisierung von Gewalt gegen entferntere Verwandte entstanden war. Zum anderen fügte sich das Gesetz in den allgemeinen Kurs des Staates zur Förderung »traditioneller Familienwerte«, den Jelena Misulina vertritt. Dabei wird unter traditionellen Familienwerten eine vulgäre Form patriarchaler Familienordnung verstanden.

Allerdings fanden nicht alle Initiativen von Jelena Misulina die Unterstützung von Parlament und Regierung. So wurde der von ihr vorgelegte Gesetzentwurf zum Verbot von Babyklappen anfänglich von der Regierung unterstützt, dann aber zur Nachbesserung empfohlen. Die Notwendigkeit eines Verbotes von Babyklappen begründete Misulina damit, dass der Staat es nicht fördern dürfe, dass sich Mütter von ihren Kindern losagen, dass die Gefahr bestehe, dass mit den hinterlassenen Kindern Handel betrieben wird, und dass deren Recht auf ihre Identität verletzt werde. Diese Initiative stieß jedoch in der Bevölkerung auf Widerstand: Die Mehrheit der Russen sprach sich gegen ein Verbot von Babyklappen, weil sie davon ausgehen, dass die Säuglinge andernfalls an Orten hinterlassen werden, die eine Gefahr für Leib und Leben bedeuten. Auf Grund des Widerstands in der Gesellschaft änderte die Regierung ihre Haltung zu dem Gesetzentwurf von einer positiven hin zu einer kritischen. In der Folge legte eine Gruppe Dumaabgeordneter einen Entwurf vor, der die Entscheidung zu den Babyklappen den Regionen überließ. Für Babyklappen sprach sich auch eine andere konservative Politikerin aus, nämlich die Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa, die darauf verwies, dass Babyklappen das Leben und die Gesundheit der Kinder bewahrten.

Auch die Bestrebungen von Jelena Misulina im Kampf gegen Abtreibungen sind bisher ohne Erfolg geblieben. Hier ist anzumerken, dass es nicht um ein Abtreibungsverbot in Russland geht – ein solcher Vorschlag wäre selbst für Misulina zu radikal, wenn man

bedenkt, dass sich die Russen mehrheitlich gegen eine derartige Einmischung des Staates in das Privatleben wenden (s. Grafiken 11–14). Auf der Agenda von Jelena Misulina steht der Vorschlag, Abtreibungen aus dem System der Krankenversicherung herauszunehmen, den Verkauf von Präparaten zum künstlichen Schwangerschaftsabbruch im Einzelhandel zu verbieten und die Einführung des Verfahrens, dass vor einer Entscheidung zur Abtreibung ein Psychologe konsultiert und der Herzschlag des Ungeborenen sichtbar gemacht und abgehört wird. Misulina erklärt auf ihrer offiziellen Website: »rein menschlich würde es jeder bevorzugen, wenn es ein Phänomen wie Abtreibungen überhaupt nicht gäbe«. Die Politikerin beschreibt charakterisiert Abtreibungen nicht nur als ein soziales, rechtliches und moralisches Problem, sondern als etwas, das angesichts der demographischen Krise eine nationale Bedrohung darstellt. Diese drastische Rhetorik zur Abtreibungsfrage scheint nicht jener gemäßigten Position zu entsprechen, die Misulina in ihren Gesetzesinitiativen zu diesem Thema einnimmt. Doch selbst diese Position wird in Russland, wo Abtreibungen seit Sowjetzeiten legal sind, wo der Anteil alleinerziehender Mütter mit 30 Prozent hoch ist, ganz wie der Anteil der Väter, die sich Unterhaltszahlungen entziehen, wo der materielle Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit gering ist, und wo 77 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter arbeiten, als radikal wahrgenommen.

Im Mai 2015 legte Jelena Misulina gemeinsam mit dem Abgeordneten von Einiges Russland, Sergej Popow, in der Staatsduma einen Gesetzentwurf vor, der Abtreibungen aus dem System der gesetzlichen Krankenversicherung herauslösen sollte. Seinerzeit wurde dieser Vorstoß allerdings nicht von der Regierung unterstützt. Gegen diese Herauslösung hatten sich insbesondere solche einflussreiche Politikerinnen wie die stellvertretende Ministerpräsidentin Olga Golodez und die Vorsitzende des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, gewandt. Auch wenn der Gesetzentwurf von Misulina nicht angenommen wurde, ist die Frage der Herauslösung von Abtreibungen aus dem System der gesetzlichen Krankenversicherung nicht von der politischen Agenda in Russland. Die Russische Orthodoxe Kirche und deren Oberhaupt Patriarch Kirill sprechen sich für eine solche Initiative aus, ebenso Anna Kusnezowa, eine der Orthodoxen Kirche nahestehende Politikerin und Kinderrechtsbeauftragte beim Präsidenten. Sie hatte dieses Amt im Jahr 2016 angetreten. Als Frau eines Priesters und Mutter von sechs Kindern war Anna Kusnezowa bereits vor ihrer Ernennung als Kämpferin gegen Abtreibungen bekannt. Der Umstand, dass sie zur Kinderrechtsbeauftragten ernannt wurde, wodurch sie eine Bühne zur Propagierung ihrer religiösen Ansichten zum weltlichen Leben und insbesondere der kirchlichen Hal-

tung zu Abtreibungen erhielt, kann als Beleg dafür gelten, wie sehr der Regierungskurs Richtung »traditioneller Werte« verstärkt wurde, und dass die Absicht besteht die Haltung zu Abtreibungen und deren Herauslösung aus der gesetzlichen Krankenversicherung zu ändern. Das Motiv der Regierung könnte hier darin bestehen, angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Situation im Land die Ausgaben des Krankenversicherungsfonds zu reduzieren und auch die demographische Lage zu verbessern. Es ist anzunehmen, dass eine Herauslösung der Abtreibungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung insbesondere erwerbslose Frauen und Frauen mit geringem Einkommen treffen würde, die kein Geld für eine Abtreibung haben. Dadurch würde die Regierung keine »hochwertigen« Steuerzahlerinnen verlieren (die würden bei Bedarf die Mittel aufbringen, um eine Abtreibung zu bezahlen) und sie würde wirtschaftlich ineffiziente Bevölkerungsgruppen mit »Reproduktionsarbeit« beschäftigen.

Die Funktion konservativer Politikerinnen

Aus dem Beispiel der Initiative zu Abtreibungen wird deutlich, dass es das Regime bei der Aufnahme einer »Frauenfrage« in die politische Agenda vorzieht, dass als Autoren und Apologeten konservativer Vorstöße eben Politikerinnen in Erscheinung treten. Das könnte aus Gründen politischer Korrektheit vorgenommen werden, wenn nämlich die Diskussion die Form »Frauen diskutieren Frauenfragen« annimmt. Darüber hinaus mag die Meinung von Politikerinnen zu den Themen Frauen, Familie, Kinder in den Augen der Bevölkerung gewichtiger erscheinen. Das gilt insbesondere für Frauen, die in der postsowjetischen Gesellschaft traditionell eine große Rolle bei der Sorge um Familie und Kinder spielen. Daher besteht eine der spezifischen Funktionen von Politikerinnen darin, politische Diskussionen zu initiieren und Gesetzentwürfen zu den Themen Frauen, Familie und Kinder vorzulegen.

Eine zweite Funktion erfüllen konservative Politikerinnen, wenn sie unpopuläre Gesetzesinitiativen umsetzen – sowohl zu Fragen von Kindern und Mutterschaft (Entkriminalisierung häuslicher Gewalt, Herauslösung von Abtreibungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung usw.), wie auch zu anderen, für das Regime wichtigen Themen wie etwa der Staatssicherheit (zu erkennen am Beispiel des »Jarowaja-Pakets«). Das mögliche Scheitern einer Gesetzesinitiative und die Möglichkeit, sich den Ruf eines radikalen Politikers einzuhandeln, das sind die Risiken, zu denen Politikerinnen genötigt werden, wenn sie Karriere machen wollen – bei der fehlenden Gender-Gleichheit und dem Umstand, dass Frauen in der öffentlichen Politik unterrepräsentiert sind, besondere Anstrengungen unternehmen müs-

sen, um eine Karriere zu machen, die im Ergebnis jener von Männern entspräche.

Längst nicht alle Gesetzesentwürfe, die von Politikerinnen vorgelegt werden, werden auch vom Parlament angenommen. Die eine oder andere Initiative kann sich als verfrüht oder unpassend erweisen. Allerdings können auch gescheiterte Initiativen günstig für die Regierung sein, die dadurch die Gelegenheit erhält, in der Gesellschaft die Reaktionen zu drängenden politischen Fragen zu erkennen und zu verfolgen und gegebenenfalls eine Kurskorrektur vorzunehmen, indem die Frage auf bessere Zeiten vertagt wird. So erwies sich die 2015 angekündigte Initiative von Misulina zur Ausklammerung von Abtreibungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung als zu verfrüht: Die Gesellschaft hatte sie nicht angenommen, weshalb auch das Parlament sie in der Folge nicht unterstützte. 2017 wurde die Frage angesichts der notwendigen Haushaltskürzungen erneut aufgeworfen.

Schließlich ist es die Funktion konservativer Politikerinnen, Sichtbarkeit und Repräsentation von Frauen im Parlament zu erhöhen. Hier ist es für den Kreml wichtig, dass im Parlament Frauen mit der »richtigen«, einer kremltreuen Agenda sitzen, weshalb die Karrie-

ren genau solcher Frauen gefördert werden; auch wird ein Wechsel aus dem liberalen Lager in die Reihen der Konservativen begrüßt. Der »Konvertitenstatus« von Politikerinnen wie Jarowaja und Misulina könnte auch ein Grund sein, dass sie dann innerhalb der konservativen Bewegung radikale Positionen beziehen, um ihre besondere Verbundenheit mit konservativen Vorstellungen zu demonstrieren.

Schlussfolgerungen

Zu den Gründen, warum Politikerinnen radikale konservative Positionen beziehen, gehören genderbezogene Gründe im engeren Sinne (der Zwang, größere Anstrengungen zu unternehmen, um gleiche Ergebnisse wie Männer zu erreichen), wie auch Gründe allgemeiner Art, die auf die Mängel der Demokratie in Russland zurückzuführen sind, in der eine kremlnahe konservative Bewegung eine größere mediale und administrative Unterstützung erfährt, als andere politische Richtungen. Dementsprechend sind sowohl für Männer, als auch für Frauen innerhalb der konservativen Bewegung die Möglichkeiten für eine erfolgreiche politische Karriere größer.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Ekaterina Basmanova hat im Jahr 2005 die Internationale Universität für Natur, Gesellschaft und den Menschen »Dubna« absolviert. Sie wurde 2010 an der Hochschule für Gesetzgebung und vergleichende Rechtskunde bei der Regierung der Russischen Föderation zur Doktorin der Rechtswissenschaft habilitiert und ist Magister der Kulturwissenschaften. Zu ihren wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören russisches Zivil- und Verwaltungsrecht, Analyse politischer Diskurse, Visual Studies und Literaturanthropologie.

Der Beitrag entstand für die internationale Konferenz »Gender – Power – Eastern Europe: Changing Concepts of Femininities and Masculinities and Power Relations«, die vom 21.06.2017 – 23.06.2017 an der FU Berlin stattfand. Mehr Infos: www.oei.fu-berlin.de/institut/termine/Gender-Conference.html

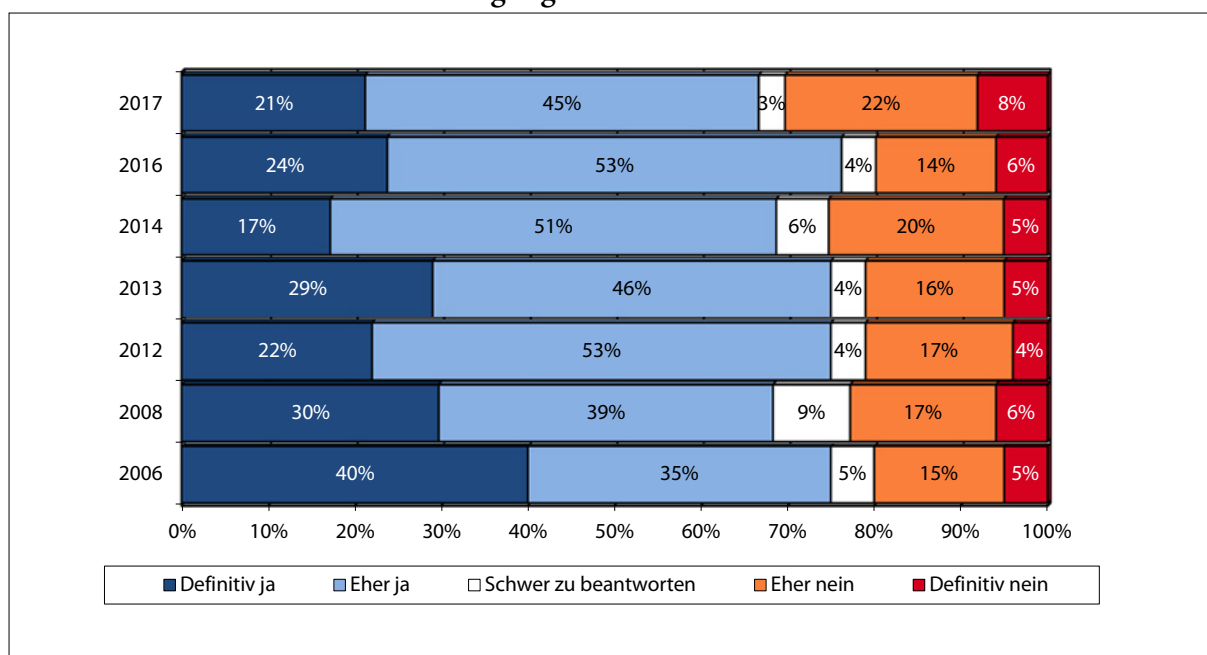
Lesetipps

- Chandler, Andrea: Democracy, Gender, and Social Policy in Russia. A Wayward Society, Palgrave Macmillan UK: Basingstoke 2013.
- Mostovshchikov, Egor: Yelena Mizulina: the creation of a conservative, 28. Mai 2015; <https://www.opendemocracy.net/egor-mostovshchikov/yelena-mizulina-creation-of-conservative>

UMFRAGE

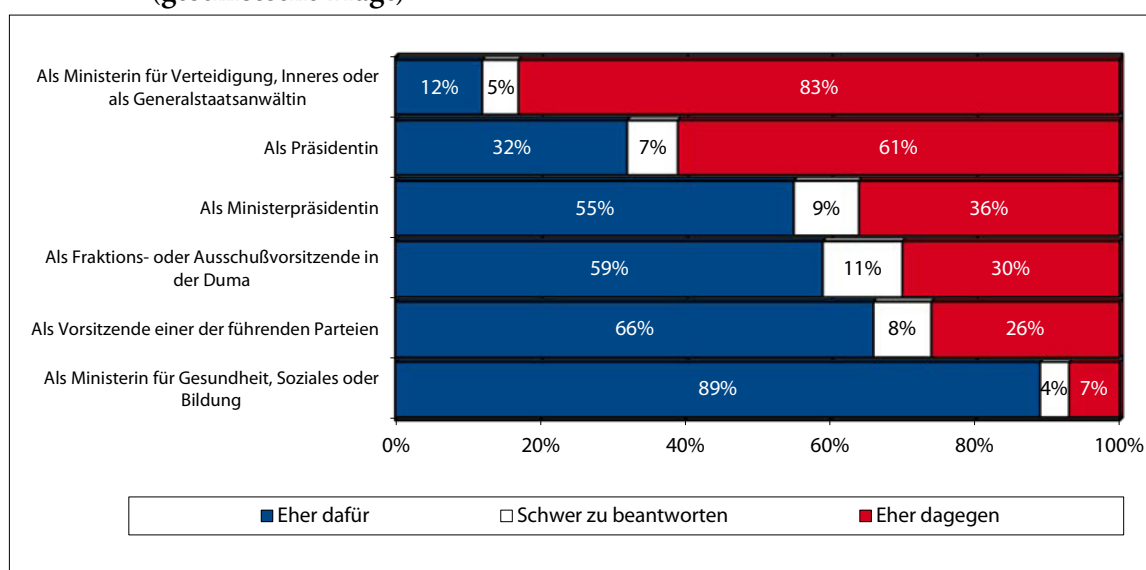
Frauen in der Politik

Grafik 1: Befürworten Sie die Beteiligung von Frauen in der Politik?



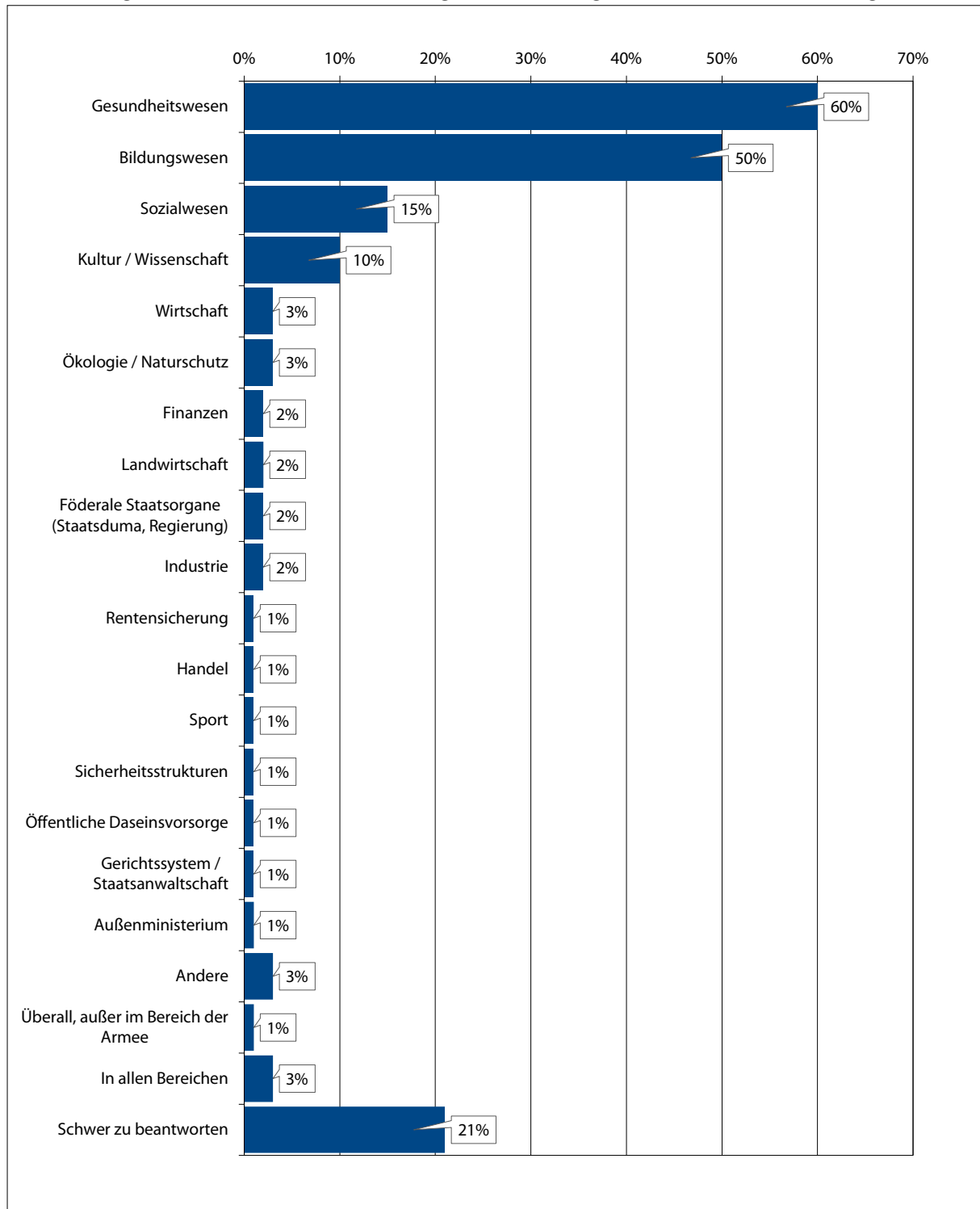
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/03/03/zhenskij-den-i-prava/>>, 3. März 2017

Grafik 2: Sind Sie dafür oder dagegen, dass Frauen wichtige staatliche Ämter übernehmen? (geschlossene Frage)



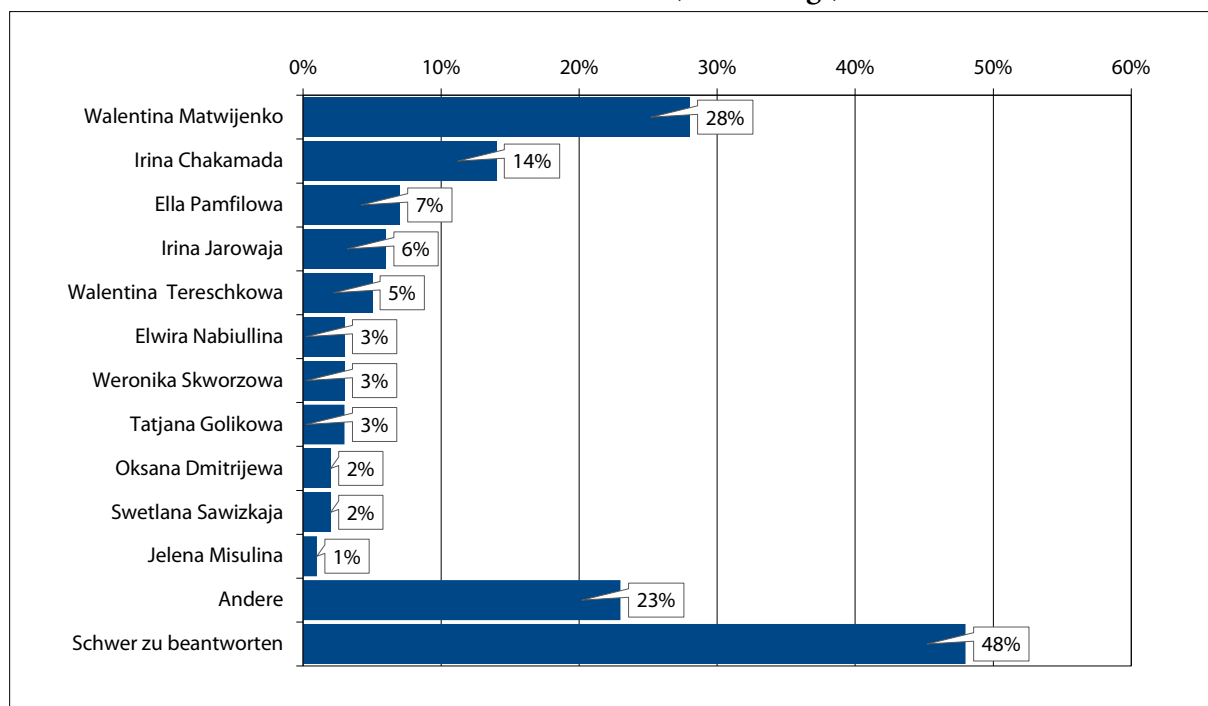
Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115894>>, 30. September 2016

Grafik 3: In welchen Ministerien, Behörden oder staatlichen Diensten könnten Frauen den größten Nutzen fürs Land bringen (offene Frage, mehrere Antworten möglich)?



Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115894>>, 30. September 2016

Grafik 4: Nennen Sie bitte die ersten drei weiblichen Politikerinnen oder Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Ihnen einfallen. (offene Frage)

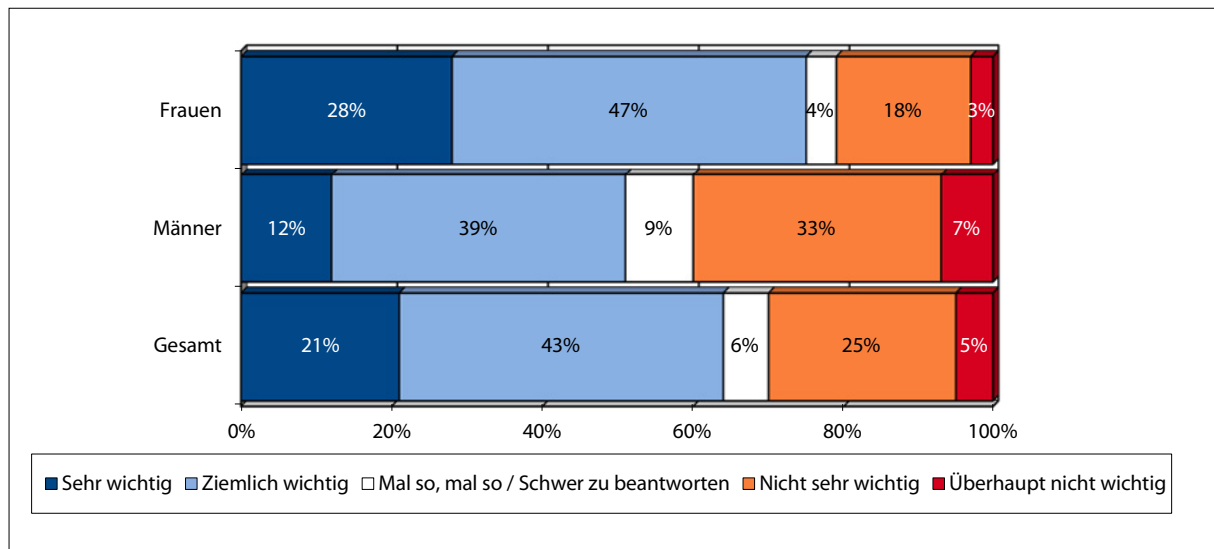


Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115894>>, 30. September 2016

Walentina Matwijenko	Vorsitzende des Föderationsrats, von 2003 bis 2011 Gouverneurin von St. Petersburg, Einiges Russland
Irina Chakamada	Politikerin und Publizistin, von 2000 bis 2003 stell. Vorsitzende der Duma, Präsidentschaftskandidatin 2004, Wachstumspartei
Ella Pamfilowa	Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, von 2014 bis 2016 Menschenrechtsbeauftragte, von 2002 bis 2010 Vorsitzende der Menschenrechtskommission, von 1991 bis 1994 Sozialministerin, parteilos
Irina Jarowaja	Stellv. Vorsitzende der Duma, Einiges Russland
Walentina Tereschkowa	Dumaabgeordnete, 1963 erste Frau im Weltall, Einiges Russland
Elwira Nabiullina	Vorsitzende der russ. Zentralbank, von 2007 bis 2012 Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, Einiges Russland
Weronika Skworzowa	Ärztin, seit 2012 Gesundheitsministerin, parteilos
Tatjana Golikowa	Ökonomin, Vorsitzende des Rechnungshofs, von 2007 bis 2012 Ministerin für Gesundheit und Soziales, parteilos
Oksana Dmitrijewa	Mitglied der Stadtverordnetenversammlung St. Petersburg, 1998 Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung, Wachstumspartei
Swetlana Sawizkaja	Kosmonautin, von 1996 bis 2016 Abgeordnete der Duma, Kommunistische Partei
Jelena Misulina	Mitglied der Föderationsversammlung, Dumaabgeordnete von 1996 bis 2003 und von 2007 bis 2015, parteilos, bis 2017 Gerechtes Russland

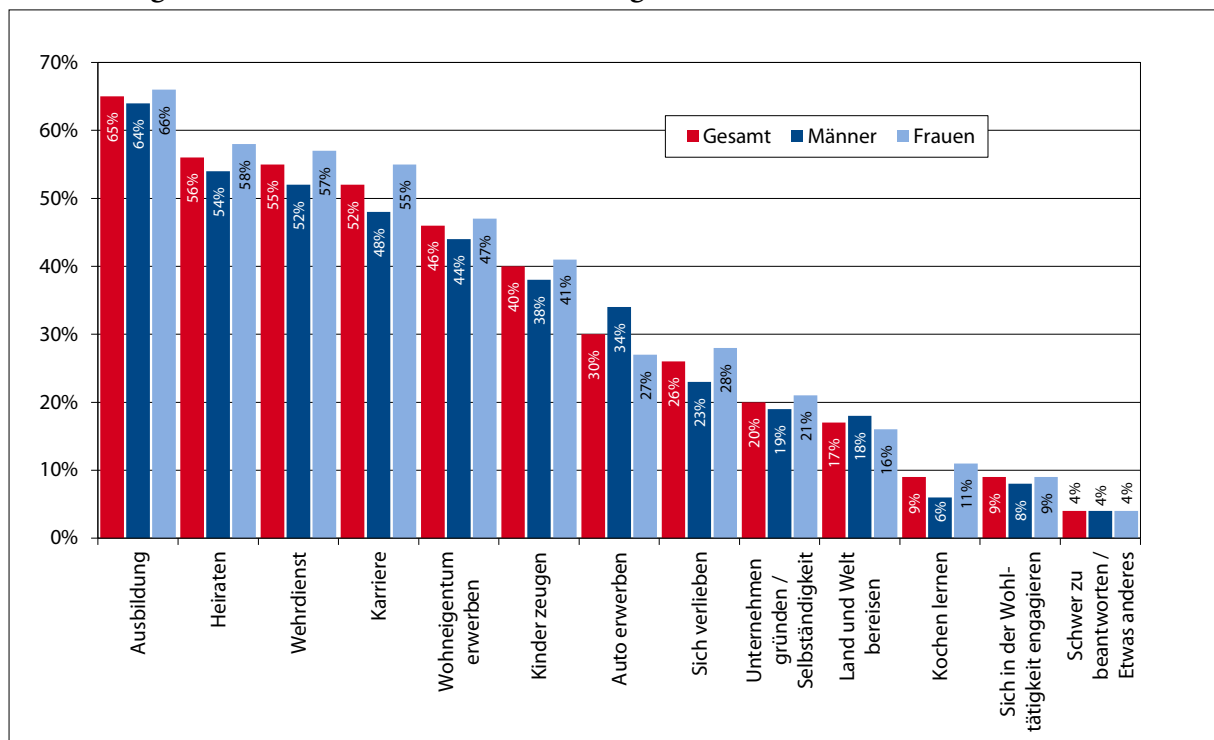
Frauen- und Familienbilder

Grafik 5: Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass Frauen absolut gleiche Rechte wie Männer haben?



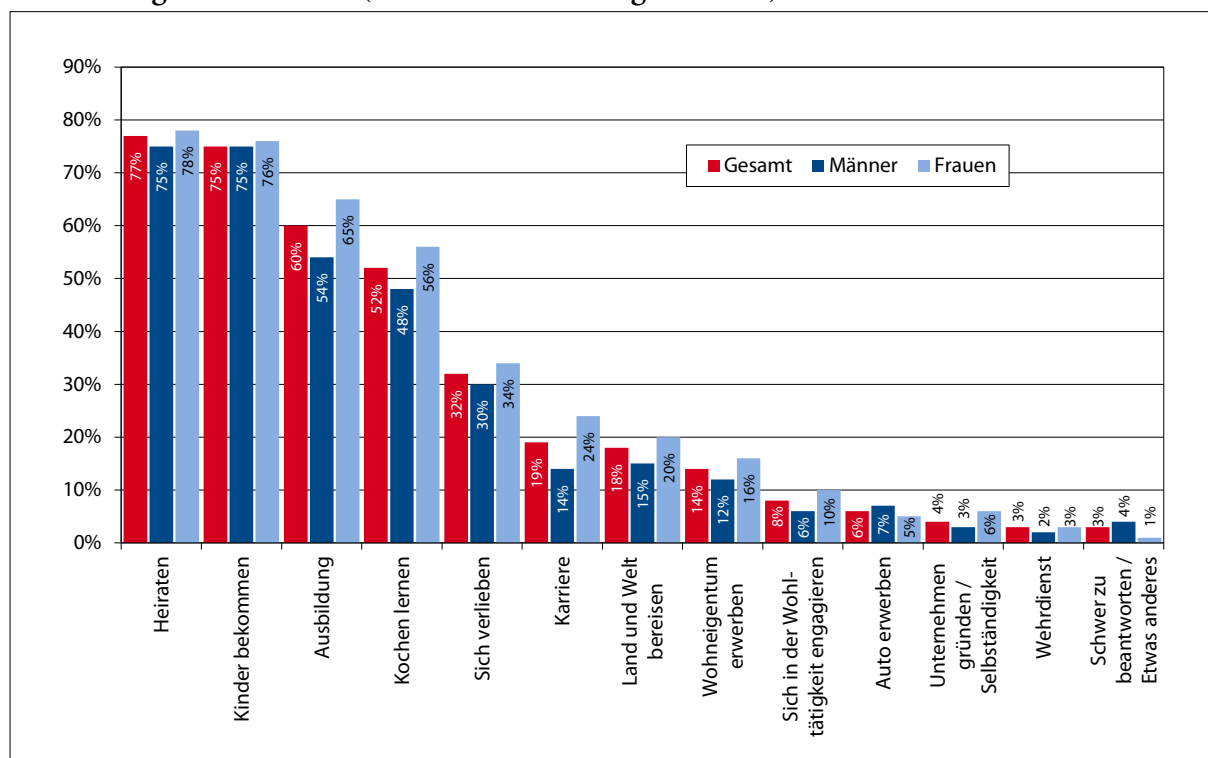
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/03/04/mezhdunarodnyj-zhenskij-den-i-gendernoe-ravnopravie/>>, 4. März 2016

Grafik 6: Was sollte Ihrer Meinung nach ein moderner Mann bis zu seinem 30. Lebensjahr gemacht haben? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



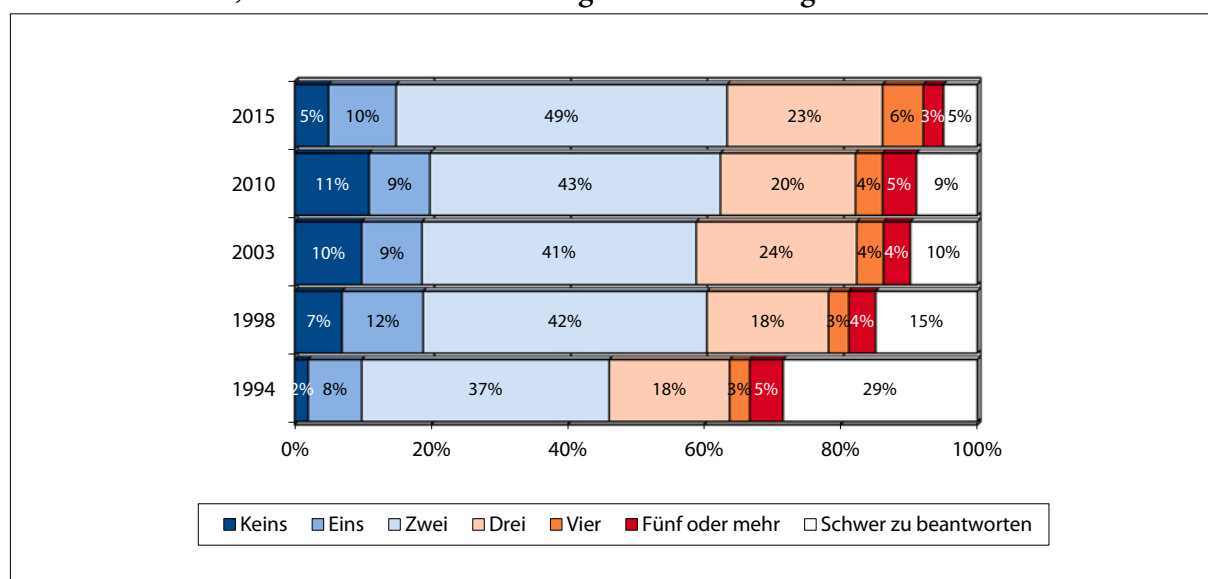
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2015/08/26/30-letnij-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy/>>, 26. August 2015

Grafik 7: Was sollte Ihrer Meinung nach eine moderne Frau bis zu ihrem 30. Lebensjahr gemacht haben? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



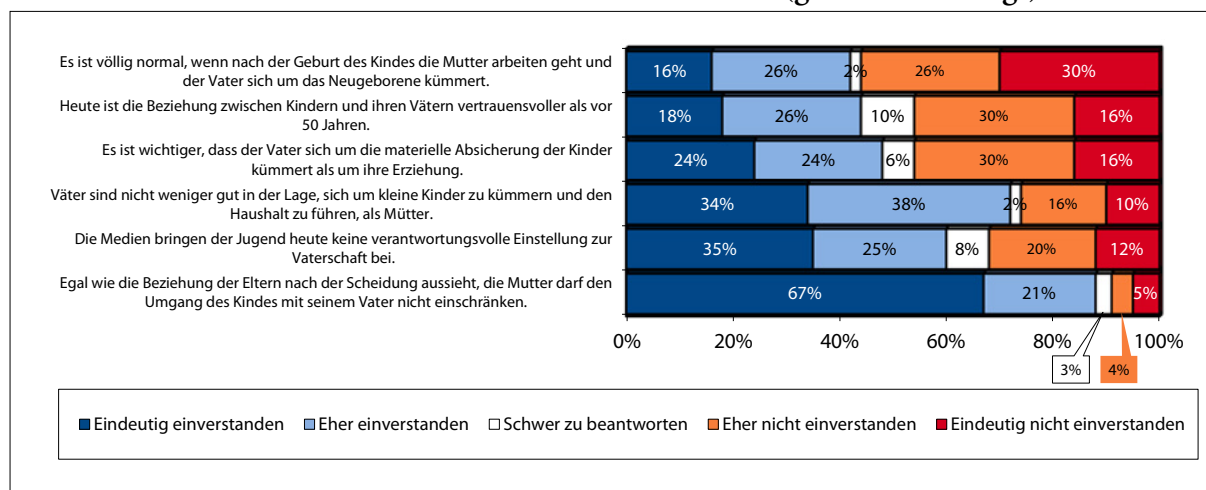
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2015/08/26/30-letnij-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy/>>, 26. August 2015

Grafik 8: Wie viele Kinder – einschließlich derer, die Sie bereits haben – würden Sie haben wollen, wenn alle dafür notwendigen Voraussetzungen bei Ihnen erfüllt wären?



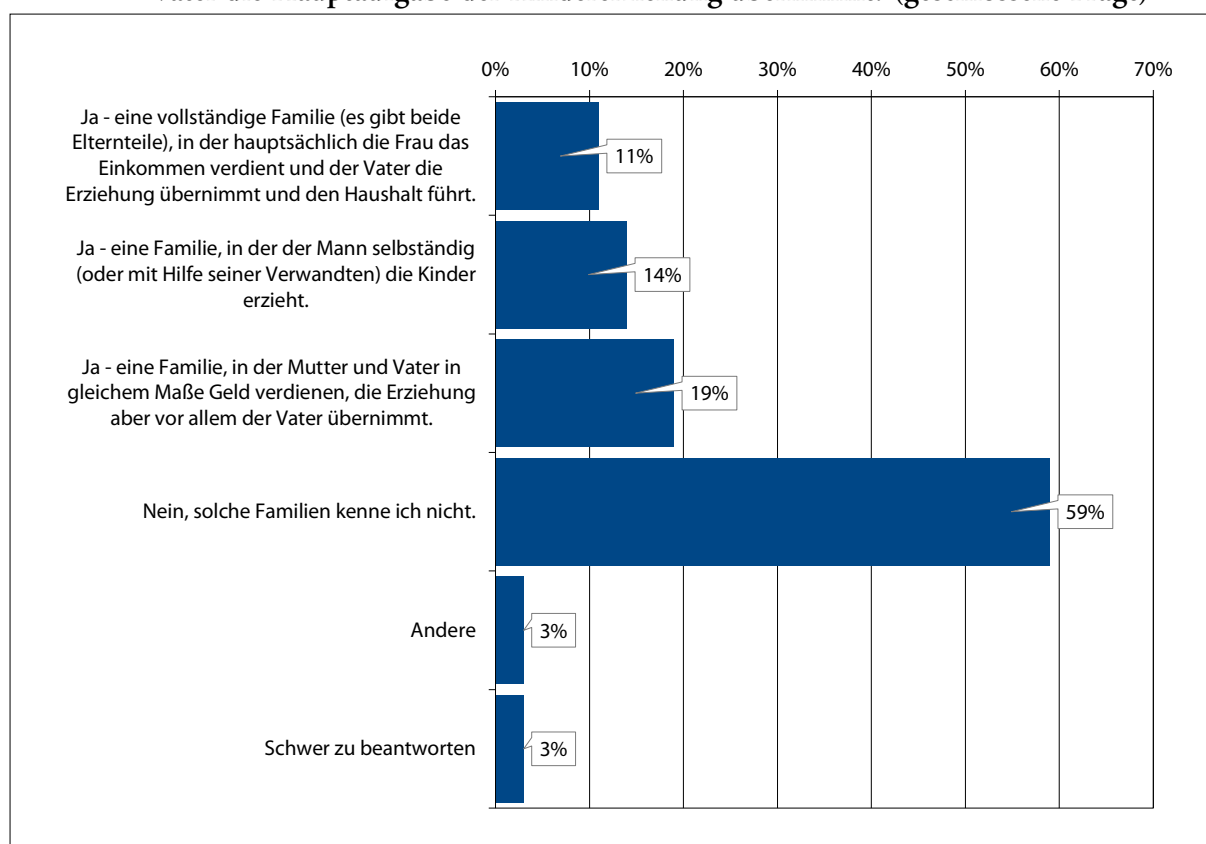
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2015/08/26/30-letnij-rubezh-gendernye-rol-i-stereotipy/>>, 26. August 2015

Grafik 9: Sind Sie mit den folgenden Ansichten über die Rolle von Vätern in der modernen russischen Gesellschaft einverstanden oder nicht? (geschlossene Frage)



Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116177>>, 25. April 2017

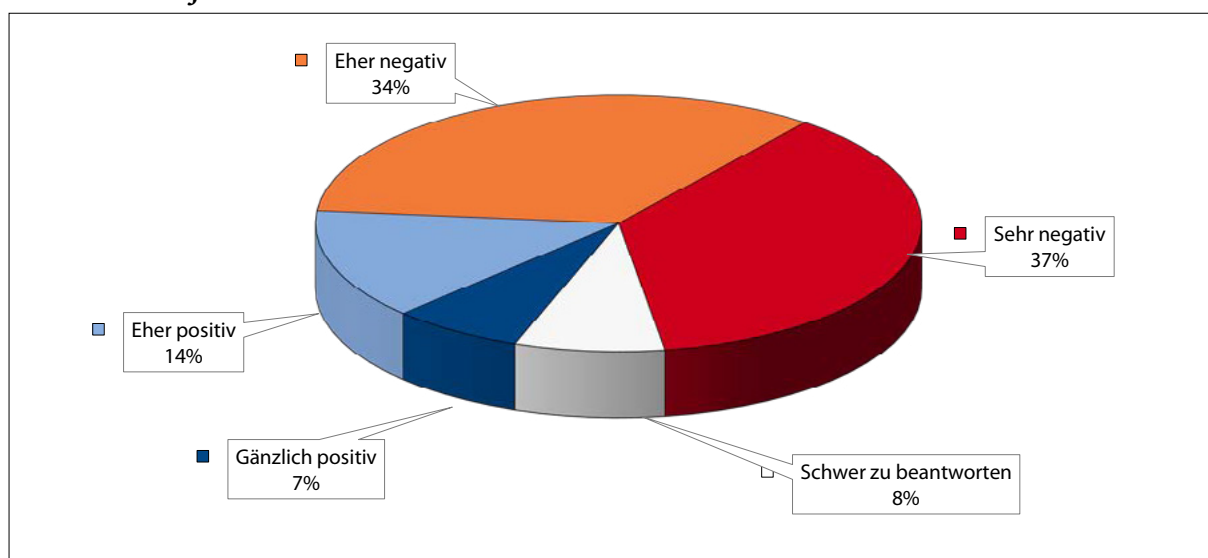
Grafik 10: Gibt es in Ihrer Umgebung eines der aufgezählten Familienmodelle, in denen der Vater die Hauptaufgabe der Kindererziehung übernimmt? (geschlossene Frage)



Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116177>>, 25. April 2017

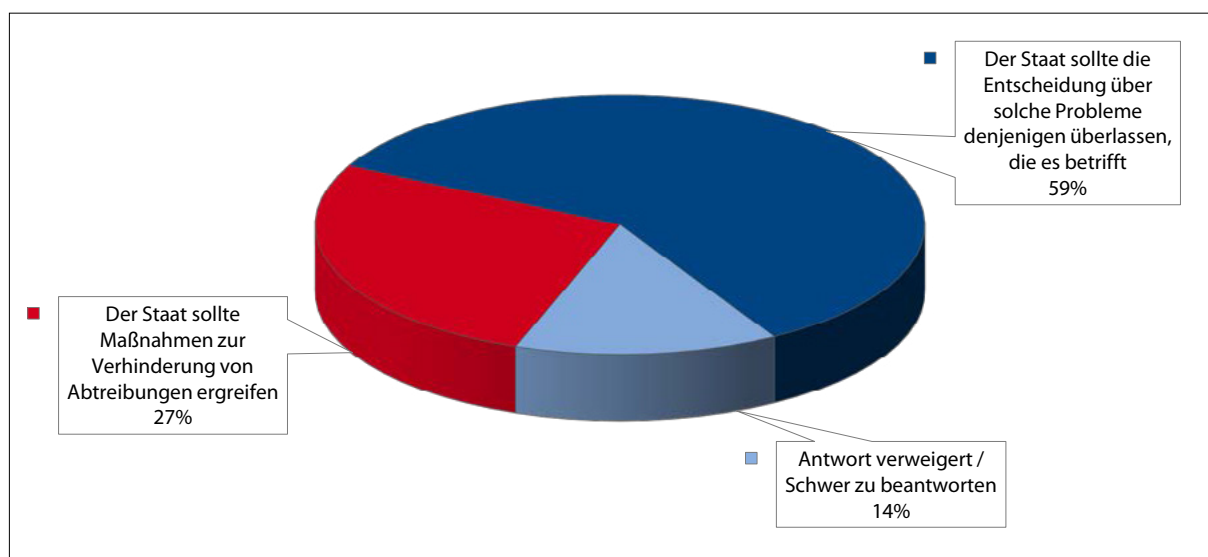
Geburtenpolitik und Abtreibung

Grafik 11: Wie ist Ihre Einstellung zur Idee, eine Steuer auf Kinderlosigkeit für Männer ab 18 Jahre und verheiratete Frauen einzuführen?



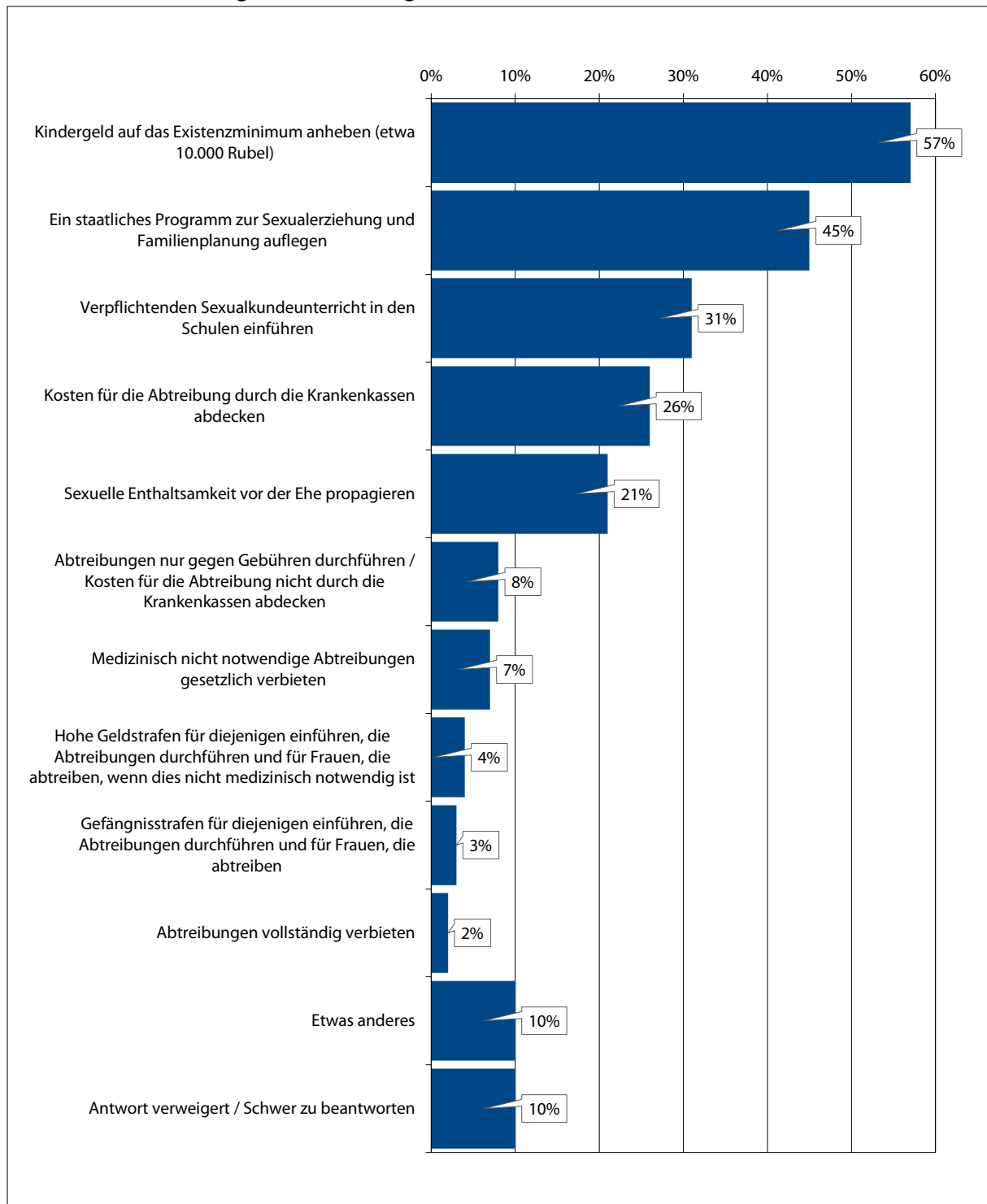
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2015/08/26/30-letnij-rubezh-gendernye-rol-i-stereotyp/>>, 26. August 2015

Grafik 12: Glauben Sie, dass der Staat Maßnahmen zur Verhinderung von Abtreibungen ergreifen sollte oder sind Sie der Meinung, dass die Regierung solche Fragen denjenigen überlassen sollte, die es betrifft?



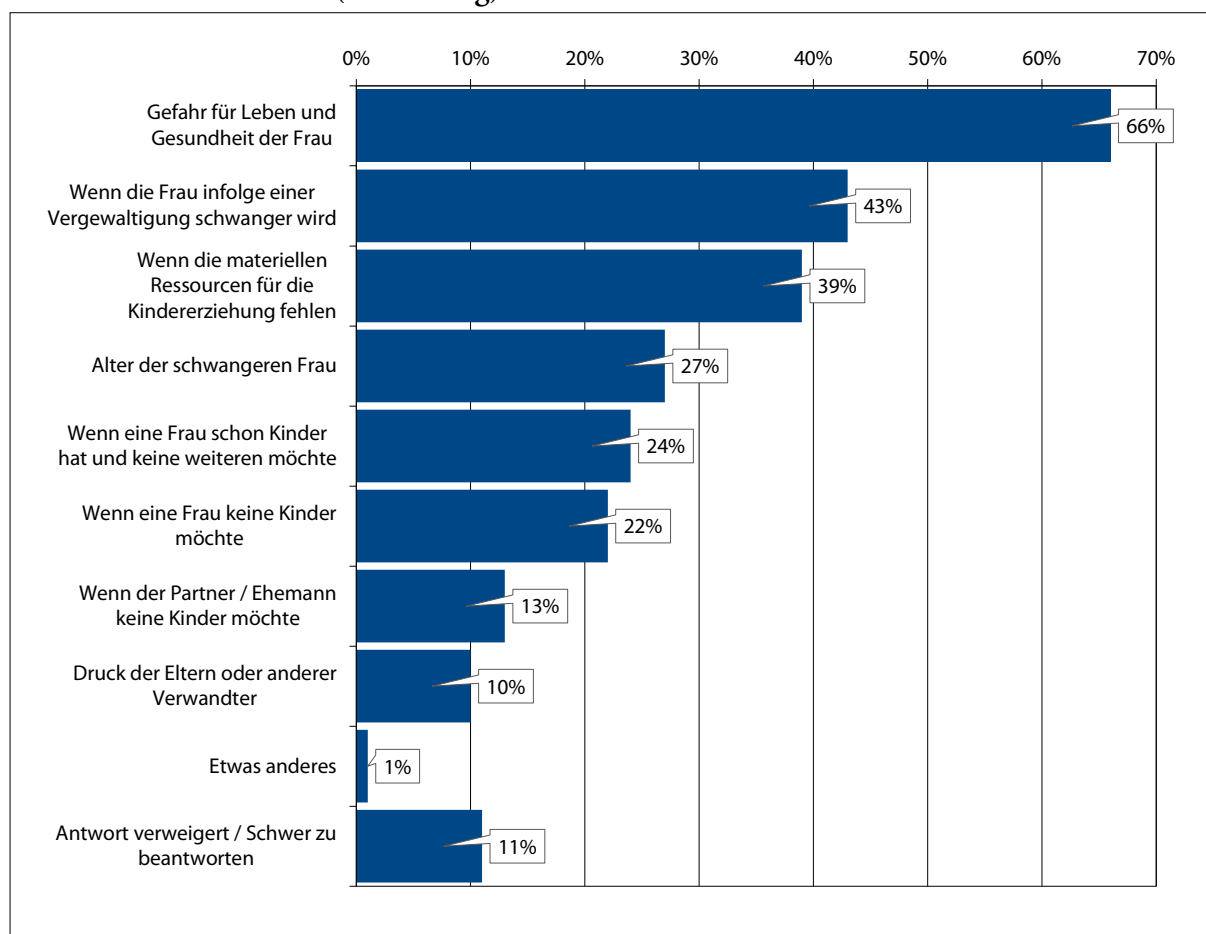
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/03/20/reproduksiya-i-aborty/>>, 20. März 2017

Grafik 13: Was glauben Sie, welche Maßnahmen sollte der Staat vor allem ergreifen, um eine Vermeidung von Abtreibungen zu erreichen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/03/20/reproduktsiya-i-abortiony/>>, 20. März 2017

Grafik 14: Welche der folgenden Gründe halten Sie für gerechtfertigt, um einen Schwangerschaftsabbruch (Abtreibung) durchzuführen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/03/20/reproduktziya-i-aborty/>>, 20. März 2017

NOTIZEN AUS MOSKAU

Russische Zivilgesellschaft – vom Kopf auf die Füße

Jens Siegert, Moskau

Wenn ich Texte aus den vergangenen Jahren zur Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft durchschaue, wird mir angst und bange. Seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 geht es bergab. Stück für Stück, so regelmäßig, dass es im Rückblick fast schon systematisch aussieht, wurden die Möglichkeiten unabhängigen zivilgesellschaftlichen Engagements immer weiter eingeschränkt. Den bisherigen

Schlusspunkt setzte 2012 das sogenannte *NGO-Agentengesetz*, das das staatliche Narrativ von aus dem Westen gesteuerten NGOs als einer angeblichen Vorhut von und Mittel zu *Regime Change* in Strafrecht bannt.

Dieses Gesetz wirkt nicht schnell. Eher ist damit eine staatliche Maschine in Gang gesetzt worden, die Stück für Stück unabhängige NGOs zermürbt und zu einer Auflösung oder Aufgabe ihrer (meist kritischen)

Positionen zwingt. Dort, wo das nicht *freiwillig* (soll heißen, dem staatlichen Druck nachgebend) geschieht, wird die Unterwerfung zivil- und strafrechtlich durchgesetzt. Anfangs dienten dazu immer höhere Geldstrafen, sowohl für die Organisationen als auch ihre Führungspersonen persönlich.

Mit dem Strafverfahren gegen Walentina Tscherewatenko, der Gründerin und Vorsitzenden der »Frauen des Don« aus Nowotscherkassk ist eine neue Stufe der Repression eingeleitet worden (s. <<http://russland.boellblog.org/2016/12/08/artikel-im-journal-osteuropa-der-prozess-gegen-walentina-tscherewatenko-frauen-des-don/>>). Walentina Tscherewatenko wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen *mutwillig* nicht die Registrierung ihrer Organisation als ausländischer Agent beantragt zu haben. Das Verfahren könnte mit einer Gefängnisstrafe enden und damit auch zum Vorbild für weitere Verfahren werden.

So wird der Druck auf die verbleibenden unabhängigen NGOs immer weiter erhöht. Sie werden, so wage ich vorauszusagen, letztlich nur die Wahl haben, sich dem staatlichen Druck zu beugen und auf ihre Unabhängigkeit (oft nur möglich auch und gerade aufgrund ausländischer Finanzierung) zu verzichten, oder sie werden sich als juristische Personen auflösen müssen und können dann versuchen, ohne rechtlichen Status weiterzuarbeiten. Allerdings ist Letzteres für viele NGOs angesichts des Charakters ihrer Arbeit kaum möglich, ohne diese Arbeit fast bis zur Unkenntlichkeit einzuschränken (als herausragendes, aber bei weitem nicht einziges Beispiel kann hier »Memorial International« mit seiner Infrastruktur, seinen Veranstaltungsräumen, dem Museum, der Bibliothek und vor allem dem einzigartigen Archiv dienen). Außerdem ist es fraglich, ob dieser Verzicht ohne Verzicht auf weiter unabhängiges Handeln ausreichen wird. Es gibt bereits Initiativen, die »Agentenvorschriften« auch auf Privatpersonen auszuweiten.

Sollte diese Prognose richtig sein, wird in wenigen Jahren kaum noch etwas von der organisierten zivilgesellschaftlichen Landschaft übrig sein, die sich in Russland in den vergangenen rund 20 Jahren entwickelt hat. Was bleiben wird, sind natürlich viele Menschen, die zivilgesellschaftliches Handeln eingeübt und fortentwickelt haben. Es bleiben ihre Erfahrung der Praxis und ihre Erinnerung an viele Erfolge (wenn auch nicht den Erfolg, sich in dieser existenziellen Krise verteidigen zu können). Ist das, wäre das das (zumindest vorläufige) Ende zivilgesellschaftlichen Handelns in Russland?

Ich denke nicht. Dafür habe ich drei Gründe. Zum ersten ist bei weitem nicht alles zivilgesellschaftliche Handeln in Russland (wie anderswo auch) rechtlich organisiert. Es gibt sehr viel freiwilliges und ehrenamt-

liches Engagement (wenn auch, so meine Einschätzung, immer noch weit weniger als in westlichen Gesellschaften). Zwar mischt sich auch hier der Staat seit einigen Jahren regelnd und maßregelnd ein, aber doch mit weit weniger Verve und eher erratisch.

Zum zweiten gibt es auch unter des Staates Fittichen (weiterhin) Freiräume. Wie bereits angedeutet, hängt das immer von den jeweiligen Themen ab, vor allem aber von der Haltung. Grob gesagt, lässt der Staat Initiativen zu, die sich als ihn *unterstützend* verstehen (und vom Staat auch so verstanden werden). Das drückt sich auch in den Versuchen aus, zivilgesellschaftliches Handeln in gutes *soziales* und schlechtes *politisches* zu teilen. Sozial ist dabei alles, was den Staat in der Daseinsvorsorge unterstützt und entlastet. In diesem Zusammenhang darf staatliches Handeln durchaus auch kritisiert werden. Diese Kritik darf aber nie *politisch* werden, also *politische Konzeptionen* angreifen. Sie ist nur erlaubt, wenn sie sich auf konkretes Verwaltungshandeln bezieht. Entsprechend hat auch Putin in der jüngsten Auflage seiner »Direkter Draht« genannten Fernsehshow Mitte Juni jede Zuschauerfrage in Bezug auf Missstände auf diese Ebene heruntergeführt.

Nun komme ich zum dritten und meiner Ansicht nach wichtigsten Grund: Mir scheint, in Russland findet, allen Widrigkeiten zum Trotz, gerade eine Art *nachholender zivilgesellschaftlicher Entwicklung* statt. Es passiert etwas, das in den schnellen und fundamentalen Änderungen nach der großen Wende Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre gefehlt hat. Überall im Land entstehen kleinere und größere *Bürgerinitiativen*. Der Begriff ist bewusst gewählt. Historisch gingen Bürgerinitiativen (im Westen) dem voraus, was heute NGOs genannt wird. In Russland war es (bisher und weitgehend) umgekehrt.

Es sieht so aus, als ob sich die russische Zivilgesellschaft (ich meine natürlich die Gemeinschaft der zivilgesellschaftlich Handelnden oder noch genauer, das, was man heute NGOs nennt) gerade vom Kopf auf die Füße stellt. Grob gesagt, hat sie eine eher untypische Entwicklung durchgemacht. Mangels Breitenbasis und dank westlicher (finanzieller) Förderung waren Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre aus der leergefegten und nur dissidentisch jenseits des Staates organisierten Sowjetgesellschaft sogleich hoch entwickelte und spezialisierte NGOs entstanden. Die Phase der Inkubation in losen, meist informellen Gruppen haben diese Organisationen oft entweder sehr schnell hinter sich gebracht oder gleich übersprungen.

Das hatte drei Gründe: Zum einen waren die politischen Ereignisse seinerzeit so beschleunigt, dass zu einer (gewissermaßen) *natürlichen* Entwicklung kaum Zeit blieb. Zum zweiten mussten die gerade neu entstande-

nen Organisationen und Zusammenschlüsse den zerfallenden und sich zurückziehenden (post)sowjetischen Staat in vielem ersetzen oder ergänzen. Die dazu notwendige Professionalität musste sehr schnell in einem beschleunigten *Learning-By-Doing*-Prozess erworben werden. Auch hier fehlte wieder (Entwicklungs-)Zeit.

Drittens dann – Fluch der guten Tat – hat die schnell einsetzende, massive westliche Förderung die zarten russischen Zivilgesellschaftspflänzchen zwar gepöppelt und beim Wachstum gefördert. Der monetäre und ideologische Turbodünger hat aber nicht nur gut getan. Nicht wenige der so entstandenen NGOs glichen den sprichwörtlichen holländischen Tomaten: wunderschön glatte Haut, kaum verderblich, aber ohne Charakter und mit wenig Geschmack. Zudem hatten es nicht wenige dieser Pflanzen lediglich gelernt, nur unter kuscheligen Treibhausbedingungen zu gedeihen.

Das alles hat vor allem zu zwei Problemen geführt (einem inneren und einem äußeren): Erstens wurde in der NGO-Szene zivilgesellschaftliches Engagement in vielem als Beruf wahrgenommen, als Tätigkeit, für die man bezahlt wird, und die auch bezahlt gehört. Freiwilligenarbeit, Spenden, ja auch Mitgliedsbeiträge waren lange Zeit weitgehend unbekannt. Auch die katastrophale wirtschaftliche Situation in den 1990er Jahren spielte hier sicher keine geringe Rolle. Entsprechend wurde (und wird) von vielen der Staat (oder wurden früher an dessen Stelle westliche, eben oft auch staatliche Geldgeber) als für die Finanzierung von NGO-Arbeit zuständig gehalten.

Zweitens (das ist das äußere Problem) fiel es eben deshalb später – in den 2000er Jahren wie heute – dem nun von Putin regierten Staat umso leichter, unabhängige zivilgesellschaftliche Tätigkeit als fremd- und außengesteuert zu denunzieren. Dieses staatlicherseits systematisch verbreitete Narrativ ist der vielleicht wichtigste Grund, warum das »Agenten«-Argument so gut verfängt. Hinzu kommt allerdings, dass freiwilliges, uneigennütziges Engagement in der russischen Gesellschaft insgesamt immer noch eher mit Misstrauen betrachtet wird. Meist wird sofort die *Cui-Bono*-Frage gestellt.

Zwar wird bezahlte (und damit meist professionelle) zivilgesellschaftliche Arbeit durch den staatlichen Druck nicht völlig verdrängt werden, dürfte

aber in Zukunft weit weniger Platz einnehmen oder in vor allem sozialen Nischen überleben. Gleichzeitig, fast wie Ersatz, sprießen überall im Land neue Formen von Selbstorganisation. Einige davon habe ich in diesen Notizen in den vergangenen Monaten immer wieder beschrieben (Hier nur drei Beispiele: <http://russland.boellblog.org/2017/05/25/renowazija/>; <http://russland.boellblog.org/2017/04/25/protesten-in-russland-eintagsfliegen-oder-tendenz/>; <http://russland.boellblog.org/2017/03/01/der-streit-um-die-isaaks-kathedrale-in-st-petersburg/>).

Das könnte natürlich alles zufälliges zeitliches Zusammenfallen sein (untersucht hat das meines Wissens noch niemand). Wahrscheinlicher aber scheint mir, dass der russische Staat durch seine repressiven und Beteiligung einschränkenden Handlungen wieder eine ganz normal-paradoxe Reaktion hervorruft und so die zivilgesellschaftliche Entwicklung erneut unfreiwillig vorantreibt, wie er das in den 2000er Jahren bereits getan hat. Die zunehmende Regulierung und Einschränkung von NGOs seit Putins Amtsantritt hat unter anderem dazu geführt, dass sich die NGOs ständig professionalisiert haben. Um überleben zu können, mussten sie schneller, geschickter, genauer und erfindungsreicher sein als der Staat. Erst Verbot und strafrechtlicher Druck bereiten nun diesem, wenn man so will, Wettbewerb ein Ende.

Oder besser: Kein Ende. Denn zivilgesellschaftliches Engagement lässt sich nicht unterbinden. Es findet immer, jedenfalls unter nichttotalitären Bedingungen, andere, neue Ausdrucksformen. In Russland sind das gegenwärtig an vielen Orten und in ganz unterschiedlichen Formen das, was man im Deutschen (heute fast schon ein wenig altmodisch klingend) wohl Graswurzelinitiativen nennen kann. Es sieht also ganz danach aus, als ob der Staat durch seinen Druck eine Entwicklung, wenn schon nicht angestoßen, so doch zumindest verstärkt hat, in deren Folge zivilgesellschaftliches Engagement vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Die russische Zivilgesellschaft, da bin ich sicher, schlägt gerade erst so richtig Wurzeln.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Die Zeitschrift Osteuropa hat eine Liste von NGOs (<https://www.zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/10494/oe160608.pdf>) zusammengestellt, die Russland als »ausländische Agenten« bezeichnet (Stand Ende 2016). Von den dort aufgelisteten 147 »Agenten« werden heute noch 93 NGOs im offiziellen Register des russischen Justizministeriums geführt (Stand 5. Juli 2017). Der Grund: die Liste der Zeitschrift Osteuropa enthält alle »Agenten« und alle Organisationen, die einmal als »Agenten« galten. Ehemalige »Agenten« sind jene NGOs, die entweder nach Aufnahme in das »Agentenregister« auf ausländisches Geld verzichtet haben und nach einem Jahr ihre Streichung beantragen konnten – die meist auch gewährt wurde – oder die sich, nachdem sie zu »Agenten« erklärt worden waren, aufgelöst haben.

CHRONIK

23. Juni – 5. Juli 2017

23.06.2017	Die zentrale Wahlkommission erklärt erneut, dass Alexej Nawalnyj kein passives Wahlrecht habe. Im Februar 2017 war Nawalnyj von einem Gericht in der Stadt Kirow wegen Unterschlagung zu einer Haftstrafe von fünf Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Nawalnyj dürfe daher nicht bei der Präsidentschaftswahl 2018 antreten.
24.06.2017	Wladimir Putin besucht das legendäre Kinderferienlager »Artek« auf der Halbinsel Krim. Das ukrainische Außenministerium bezeichnet den Besuch Putins als grobe Verletzung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine.
25.06.2017	Die britische Boulevardzeitung »Mail on Sunday« berichtet von Doping-Ermittlungen der FIFA gegen Russland. Dem Bericht zufolge sollen alle 23 Spieler der russischen WM-Mannschaft von 2014 und elf weitere Fußballer auf einer Liste der Welt-Anti-Doping-Behörde stehen. Die FIFA bestätigt, dass russische Fußballspieler des Dopings verdächtigt würden, nennt jedoch keine Namen.
27.06.2017	Die FIFA veröffentlicht ihren bisher unter Verschluss gehaltenen Bericht zur Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaften an Russland und Katar. Demnach könne Russland keine gravierenden Verstöße nachgewiesen werden.
27.06.2017	Etwa 2.000 Unternehmen und Einrichtungen in zahlreichen Ländern werden Opfer einer Cyber-Attacke. Am häufigsten sind Computer in der Ukraine und Russland betroffen. Bei den Angriffen werden Dateien auf Computersystemen von einer Schadsoftware verschlüsselt und nur nach Zahlung eines Lösegelds wieder freigegeben.
28.06.2017	Der Europäische Rat verlängert bestehende EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2018. Die Sanktionen waren 2014 als Reaktion auf die »Destabilisierung der Situation« in der Ukraine durch Russland erlassen worden. Sie betreffen insbesondere den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor.
28.06.2017	Die Zahl der Armen in Russland ist im ersten Quartal 2017 um 2 Mio. Menschen auf 22 Mio. gestiegen. Das teilt die Vorsitzende des russischen Rechnungshofs Tatjana Golikowa mit. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sei die Zahl der Menschen mit einem Einkommen unterhalb des staatlich festgelegten Existenzminimums jedoch gesunken.
29.06.2017	Die Geschworenen des Moskauer Militärbezirksgerichts befinden die fünf Angeklagten im Mordfall Nemzow für schuldig. Über das Strafmaß werden sie später entscheiden. Der Oppositionspolitiker Boris Nemzow war am 27. Februar 2015 in der Nähe des Kremls erschossen worden. Das Außenministerium Großbritanniens fordert Russland unterdessen auf, die Untersuchungen fortzuführen und auch die Auftraggeber des Mordes zu ermitteln.
30.06.2017	Russland verlängert sein seit Sommer 2014 geltendes Einfuhrverbot für Lebensmittel aus westlichen Ländern bis Ende 2018. Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein entsprechenden Erlass zur Verteidigung der »nationalen Interessen Russlands«. Die Sanktionen betreffen landwirtschaftliche Produkte, vor allem Milch- und Fleischerzeugnisse, aus der EU, den USA und einigen anderen Ländern.
30.06.2017	Russland stellt seine Beitragszahlungen an die Parlamentarische Versammlung des Europarates ein. Dies teilt der russische Außenminister Sergej Lawrow dem Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, mit. Mit diesem bereits früher angekündigten Schritt reagiert Russland auf den Entzug des Stimmrechts für russische Abgeordnete in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, das wegen der Annexion der Krim beschlossen worden war.
01.07.2017	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet das Gesetz über den Abriss von fünfgeschossigen Wohnhäusern in Moskau und die Umsiedlung ihrer Bewohner.
01.07.2017	Zum 1. Juli 2017 steigt der Mindestlohn in Russland um 330 Rubel auf 7.800 Rubel (ca. 115 Euro). Damit beträgt der Mindestlohn 73 % des staatlich festgelegten Existenzminimums. Bis Anfang 2019 soll der Mindestlohn auf das Niveau des Existenzminimums ansteigen.

01.07.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nimmt am europäischen Trauerakt für den verstorbenen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl in Straßburg teil. Er unterstreicht, dass Kohls Vision von einem gemeinsamen, friedlichen und wohlhabenden Europa auch das Ziel Russlands sei.
02.07.2017	Bei einem Busunfall in der Republik Tatarstan sterben 13 Menschen, 12 Passagiere werden verletzt.
02.07.2017	In St. Petersburg geht nach gut zwei Wochen der FIFA-Konföderationen-Pokal zu Ende. Im Finale besiegt Deutschland Chile mit 1:0.
03.07.2017	Dmitrij Strasnnow, Generaldirektor des staatlichen Postunternehmens »Potschta Rossii«, verlässt das Unternehmen. Sein Vertrag lief am 1. Juli aus und wurde nicht verlängert.
04.07.2017	Der Schriftsteller Daniil Granin stirbt im Alter von 98 Jahren in St. Petersburg. Bekannt wurde er als Autor des »Blockadebuches« mit Erinnerungen an die Belagerung von Leningrad durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Am 27. Januar 2014 hatte Granin im Deutschen Bundestag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus eine Rede gehalten.
04.07.2017	Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping kommt im Vorfeld des G-20 Gipfels nach Moskau, um mit Präsident Wladimir Putin über die bilateralen Beziehungen und den gegenseitigen Handel zu beraten. Am Rande des Treffens unterzeichnen der russische Energiekonzern »Gazprom« und der chinesische Ölkonzern CNPC ein Abkommen, wonach Russland ab 20. Dezember 2019 die Gaspipeline »Sila Sibirii« (»Kraft Sibiriens«) nach China in Betrieb nehmen wird.
05.07.2017	Auf einer außerordentlichen Sitzung des UN-Sicherheitsrats fordert Russland das »Problem der Koreanischen Halbinsel« auf friedlichem Wege zu lösen. Nordkorea hatte am Vortag eine Interkontinentalrakete getestet, woraufhin die USA mit »härteren Maßnahmen« gegenüber Nordkorea drohten.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>